

Landeszeitung für Anhalt und Thüringen

Jahrgang 217 Halle-Saale Anzeigenpreis: Die Spaltenpreise sind in Prozent vom Raumzettel 10 Pfennig...

Volksparteiliche Opposition gegen Stresemann Der Kuhhandel um den Wahltermin

Die Pause

Berlin, 31. März. (Von unserer Berliner Schriftleitung.) Die Sitzungspause des Reichstages, deren äußerer Grund die Festlegung in Mannheim ist...

ischen Bedürfnissen, die eine neue Festlegung der deutschen Schuld am Kriegesbezug, neben einem klaren Bruch mit dem...

Keine deutschnationalen Parlamentskandidaten

Duisburg, 1. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Parteivorstellung des Reichsbundes Niederrhein der Deutschnationalen Volkspartei stellte einstimmig als Spitzenkandidaten für den Landtag Dr. Deernbeck, Duisburg, und für den Reichstag den Oberregierungsrat a. D. Dr. Drög...

Abbau des Ausnahmezustandes

Berlin, 1. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Reichspräsident hat durch Verordnung vom 29. Februar d. J. Jahresverordnungen in Kraft befindliche Verordnungen, die auf Grund des Artikels 48 erlassen worden waren...

allerdings annehmen, daß Sie sich stark genug und sicher fühlen, um uns keiner Zeit des Wiederanges, sondern des Aufstieges entgegenzutreten...

Sie erkennen jetzt selber an: „Denn wir sind in erster Linie auf uns selbst gestellt und müssen dabei auf uns selbst und aufeinander vertrauen.“ Sie scheinen also auch die...

Sie Reichspräsident! Sie frage Sie vor dem ganzen deutschen Volke: „Wie denken Sie sich eine solche Schicksalsgemeinschaft, solange eine Partei des deutschen Volkes weiter den Gedanken des Kampfes im Kampfe bereit?“

Hamm und Hoefle in Mannheim

Mannheim, 1. März. Der Reichswirtschaftsminister Hamm und der Reichsminister für die besetzten Gebiete, Dr. Hoefle, trafen heute vormittag in Mannheim ein...

Stresmann und die Kriesschuldfrage

Berlin, 1. März. Der Vorgesandene der Deutschen Volkspartei, Reichler von Berner, veröffentlicht folgende Erklärung: „Kriegsminister Stresemann hat in seiner Programmrede am Donnerstag wieder die Kriesschuldfrage mit seinem Worte erwidert, trotzdem der französische Präsident Millerand...

Bedeutungsvolle Fragen an Ebert

Offener Brief

an den Reichspräsidenten Herrn Friedrich Ebert, Berlin

Herr Reichspräsident! Nach Zeitungsberichten haben Sie die nachstehende Antwort auf die Anregung einiger Mitglieder der Reichspartei zur Bildung einer Kommission in Aussicht gestellt: „Von dem an mich gerichteten Schreiben habe ich mit lebhaftem Interesse Kenntnis genommen...“

aus von allen Seiten bekräftigen? — Demals war eine Schicksalsgemeinschaft vorhanden, drungen an der Front, wie bei uns auf hoher See — bei den Kameraden, die in den Lüften für unser Vaterland fochten, wie auf unjenseitlichen Booten in den Tiefen der Weltmeere...“

„Sie haben jetzt verständlich mit vollem Rechte Streits in lebenswichtigen Bereichen bei hoher Strafandrohung streng verboten, obwohl auch heute noch viele über eigener Parteifreundschaft diese Verbote nicht so recht anerkennen wollen.“

„Etwas vor Aufrechter geiff bekanntlich ihr eigener Parteigenosse Herr Dietmann bei der Verdrückung des Ehrenbreviers in Reichstage Sie heilig an. Er wies dabei darauf hin, daß Sie ja selber mit ihm und anderen Führern Ihrer Partei feierlich im Januar-Februar 1918 in der Streitleitung des Rüstungsstreites geeifert hätten.“

„Ich wollte dieses nicht glauben und gab Ihnen in „entsprechendem“ Besitze hieron Kenntnis, und diesen förmlichen Verbindungen entgegenzutreten zu können, auch diesen Führer, als ihr langjähriger Parteifreund Herr Emil Loth die gleichen Verbindungen gegen Sie erhoben hatte, machte ich Sie hierauf aufmerksam, dieses war im November 1920. An beiden Stellen stellte ich Ihnen zur Beurteilung der Angelegenheit, obwohl ich Ihre freier politischer Gegner bin, die mir „nationalistische Rechte“ auf Verfügung. Aber trotzdem würdigten Sie mich dreimal seiner Antwort. Soll ich etwa die im Juni 1922 bei mir vorgenommene Hausdurchsuchung als Ihre Antwort betrachten?“

„Sie fragen weiter: Die Gefährde, die große Verheimlichung zeigt, daß, solange die Deutschen sich gegen diesen Gedanken verschließen haben, unter Wasser ohnmächtig blieb, und daß immer erst ein Zusammenstoß aller Kräfte, die Einigung aller Stämme und Bevölkerungsschichten und das latente Bewußtsein, daß wir in einer Zeit des Niederganges, den abnehmender nicht ganz in unserer Macht liegt. Hier gerade befalls haben wir uns und unseren Sünden gegenüber die Pflicht, alle Kräfte im Volke zu wecken, sie zusammenzufassen und vereint dem Herr zur Freiheit zu führen.“ — Nach den Verheißungen Ihrer Partei im November 1918 — „Briebe! Freiheit! Wohl!“ — mußten wir

Keine eigene Kandidatenliste der Wirtschaftsbünde für die Reichstagswahlen

(Eigener Drahtbericht.) Berlin, 1. März.

Der Hauptverband des reichsdeutschen Wirtschaftsbundes und der Gesamtverband des Reichsindustriellenverbandes für Handel und Gewerbe haben in einer Konferenz in Braunschweig die Barole ausgegeben, für die nächsten Reichstagswahlen keine eigene Kandidatenliste der Wirtschaftsbünde aufzustellen, sondern mit den politischen Parteien Verhandlungen einzuleiten, damit bei diesen die Interessen des gewerblichen Mittelstandes bei der Auswahl der für die Vorzugsliste bestimmten Kandidaten in ausreißender Weise vertreten werden. Die Verhandlungen sollen mit der Zentraleitung der deutsch-demokratischen Partei, der Deutschen Volkspartei, mit dem Zentrum und mit der Deutschnationalen Volkspartei aufgenommen werden. Auch mit der deutsch-wirtschaftlichen Partei will man sich in Verbindung setzen, sobald deren Wirtschaftspartei klar geworden sind und man erwiesen hat, daß ihr Ziel die freie Entwicklung von Handel und Gewerbe ist. Eine Kommission des reichsdeutschen Wirtschaftsbundes wurde die Verhandlungsführung mit den Parteizentraleitungen in Berlin übertragen. Für die benachteiligten in den Gemeinden stützenden kommunalwirtschaftlichen der Notwendigkeit einer eigenen Wirtschaftspartei des Reichstages wurde die Verhandlungsführung zunächst zurückgestellt.

Günstige Aussichten für die Leipziger Welle

Leipzig, 1. März.

Schon am Vortrag der morgen beginnenden Leipziger Präsidialsitzung 1924 läßt sich erkennen, daß diese Welle im Norden der Stabilisierung der Währungsfrage haben wird. Die Zahl der Wähler beträgt weit über 1400. Zahlreiche ausländische Besucher, darunter offizielle Vertreter fremder Regierungen haben ihren Besuch in Leipzig angekündigt. Auch der Verein der Auslandspreffe in Berlin wird in Leipzig der Welle einen Besuch abstatten. Die Aussteller und Teilnehmer rechnen durchaus mit einem heißen Geschäft. Es kann angenommen werden, daß diesmal die Barole der deutschen Fabrikanten sein wird: feste Preise auf Grund gesteigerter Realisation, feste Lieferungsstermine und die Möglichkeit, den Kunden die Zahlungen zu erleichtern. Wie viele Welle so wird auch die hiesigen Leipziger Präsidialsitzung eine große Anzahl neuer Einrichtungen bringen, von denen wohl in abzu im Vordergrund stehen dürfte, was auch beinahe zum Ausdruck kommt, daß am heutigen Sonnabendnachmittag die erste Deutsche Radiostunde in Leipzig eröffnet wird und der Wirtschaftliche Radiostunde in Leipzig heute in Tätigkeit tritt.





